



Das Gestapo-Lager Innsbruck-Reichenau

Geschichte · Aufarbeitung · Erinnerung



TYROLIA

Johannes Breit

Johannes Breit
Das Gestapo-Lager Innsbruck-Reichenau



Johannes Breit

Das Gestapo-Lager Innsbruck-Reichenau

Geschichte · Aufarbeitung · Erinnerung

Tyrolia-Verlag · Innsbruck-Wien

Die Drucklegung dieses Werkes wurde unterstützt durch die Abteilung Kultur im Amt der Tiroler Landesregierung, die Stadt Innsbruck sowie den Zukunftsfonds der Republik Österreich.



Gefördert von

**INNS'
BRUCK**

ZukunftsFonds
der Republik Österreich



2017

© Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck

Umschlaggestaltung: Tyrolia-Verlag unter Verwendung eines Bildes aus der Sammlung Walter Kreutz (© Walter Kreutz/Gemeindemuseum Absam)

Layout und digitale Gestaltung: GrafikStudio HM, Hall in Tirol

Lithografie: Artilitho (I)

Druck und Bindung: Finidr (CZ)

ISBN: 978-3-7022-3570-3

E-Mail: buchverlag@tyrolia.at

Internet: www.tyrolia-verlag.at

INHALT

Einleitung	7
Zwangsarbeit	16
Die Wirtschaftspolitik der 1930er-Jahre und der Arbeitskräftemangel	17
Der Krieg: Arbeitskraft als Kriegsbeute und Terror als Herrschaftskompromiss	21
Arbeitserziehungslager	30
Repressive Arbeitspädagogik und die Erziehung zur Arbeit	31
Die Entstehung der Arbeitserziehungslager	33
Arbeitserziehungslager in Österreich	38
Das Lager Reichenau	42
Das Auffanglager für italienische Arbeiter	43
Das Arbeitserziehungslager	53
Das Durchgangs- und Haftlager	67
Häftlinge und Lageralltag	72
Ankunft, Kleidung und Unterbringung	74
Alltag und Arbeit	79
Häftlingsgruppen und Kontakte	86
Strafen und Gewalt	87
Medizinische Versorgung und Tod	93

Das Lagerpersonal	99
Gestapo Innsbruck	99
Lagerleitung und -verwaltung	103
Die Wachmannschaft	109
Befreiung und Prozesse	112
Die Befreiung Innsbrucks	112
Die Moskauer Deklaration	115
Amerikanische Ermittlungen 1945	116
Der Reichenau-Prozess 1948	125
Österreichische und deutsche Nachkriegsjustiz	138
Nachkriegsgeschichte und Gedenken	142
Schluss	146
Anhang	148
Dragomir Salmic	148
Alois E.	164
Trochym Lalka	168
Walter Winterberg	170
Bibliografie und Quellen	176
Bibliografie	176
Quellen	180
Personenverzeichnis	186
Anmerkungen	188

EINLEITUNG

Im Jahr 2004 verstarb mein Großvater Bert Breit, dem dieses Buch gewidmet ist. In seinem Nachlass befand sich ein Ausweis des Bundes der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, aus dem hervorging, dass er 1945 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Widerstandsgruppe rund um den Innsbrucker Englischprofessor Franz Mair im Lager Reichenau inhaftiert gewesen war. Für meinen Großvater spielte die Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus eine große Rolle in seinem persönlichen Leben, aber auch in seinem Werk als Dokumentarfilmer, Komponist und Autor von Radiofeatures. Vom Film „Wir waren nicht bereit mitzumachen. Über Desertion, Kriegsdienstverweigerung und Sippenhaft während des Nationalsozialismus in Südtirol“ über das Radiofeature „Der Todesmarsch 1945 über die Eisenstraße nach Mauthausen“ bis zu dem den Opfern des Novemberpogroms 1938 gewidmeten „Concert Funebre“, war das Thema der Verfolgung durch den Nationalsozialismus präsent in seinem Werk. Über seinen eigenen Aufenthalt im Lager Reichenau in Innsbruck im Alter von 17 Jahren allerdings sprach er nie.

Es war unter anderem dieses Schweigen, das mich dazu motivierte, mehr über dieses Lager herausfinden zu wollen. Über zehn Jahre liegen jetzt zwischen dem Beginn meiner Recherchen zu diesem Thema und dem Erscheinen dieses Buches. Jahre, in denen ich mich dem Lager Reichenau in Form einer umfangreichen Broschüre und eines Dokumentarfilms näherte.

Etwas, das in dieser Beschäftigung immer konstant geblieben ist, ist der Eindruck eines sehr starken Kontrastes zwischen dem Eindruck, den dieses Lager auf die Personen hatte, die dort hineingezwungen worden waren, und

der Bedeutung, die dieses Lager heute noch für die Bewohner der Stadt Innsbruck hat.

Um mehr über das Lager Reichenau zu erfahren, sprach ich mit Personen aus Italien, der Ukraine, Slowenien und anderen Orten, die dort inhaftiert gewesen waren. Für sie war dieses Erlebnis eines, das sie oft ihr ganzes Leben lang prägte, sei es nun durch die physischen Schäden, die sie dort erlitten hatten, oder das psychische Trauma, das ihnen dort zugefügt wurde.

Dort wo dieses Lager einst stand, in Innsbruck, erinnert heute nur mehr ein vor dem Recyclinghof der Stadt aufgestellter Gedenkstein an Tod und Leiden der Häftlinge. Zusätzlich werden die Inhaftierten mittels einer Inschrift auch noch allesamt zu „Patrioten“ erklärt. Natürlich gab es auch diese im Lager, oft allerdings waren die Gefangenen fast noch Kinder, die aus ihrem Zuhause zur Arbeit nach Tirol verschleppt wurden. Nicht zuletzt aufgrund seiner unvorteilhaften Lage wird der Gedenkstein kaum dazu genutzt, der Inhaftierten des Lagers Reichenau tatsächlich zu gedenken.

Die Gründe, warum dieser Kontrast existiert und warum ein Lager, das zwei Fußballfelder groß war, in direkter Sichtweite des beliebten Ausflugsziels Sandwirt lag und dessen Häftlinge zwischen 1941 und 1945 zum fixen Straßenbild Innsbrucks gehörten, in der heutigen öffentlichen Erinnerung und Gedenkkultur kaum mehr eine Rolle spielt, sind vielfältig und bedürften eines Exkurses zur Gedenkpoltik des politischen Österreich, der den Rahmen dieses Buches sprengen würde. Was ich allerdings hoffe, ist, dass dieses Buch, in dem ich versuche, die Geschichte dieses Lagers in dem notwendigen Umfang und im notwendigen Kontext zu beschreiben, dazu beiträgt, diesen Kontrast etwas abzuschwächen, sodass sich auch die Öffentlichkeit mehr für dieses Lager interessiert und ein Gedenken an die dort inhaftierten Opfer des nationalsozialistischen Regimes entsteht.

Der Titel dieses Buches ist bewusst gewählt. Bis heute variiert die Beschreibung des Lagers stark: Ein Straßenschild an der Kreuzung Langer Weg und Rossaugasse weist auf das „KZ Reichenau“ hin, die offizielle Bezeichnung lautete „Auffang- und Arbeitserziehungslager Innsbruck-Reichenau“, auf dem Gedenkstein wurde der Begriff „Gestapo-Auffanglager Reichenau“ verwendet. Letzterer erschien mir aus meiner Beschäftigung heraus als der passendste, denn wie aus dem Kapitel „Das Lager Reichenau“ hervorgeht, handelte es sich um ein Auffanglager für italienische Arbeiter, Arbeitserziehungslager für ausländische Zwangsarbeiter und einheimische Arbeitskräfte zugleich, Gefängnis

der Gestapo für politische Gegner und Durchgangslager für Menschen, die in andere Konzentrations- und Vernichtungslager wie Dachau, Mauthausen oder Auschwitz deportiert wurden. Es diente der Innsbrucker Staatspolizeistelle und den mit ihr zusammenarbeitenden Firmen und Institutionen – der Stadt Innsbruck, dem Arbeitsamt – als Arbeitskräftereservoir, soziales Disziplinierungswerkzeug oder Gefängnis, je nachdem was gerade erforderlich war. Deshalb schien mir eine möglichst allgemeine Bezeichnung angebracht.

Die Bezeichnung als KZ ist wohl ebenso nicht angebracht. Obwohl der Begriff „KZ der Gestapo“ seit Gabriele Lotfis Standardwerk zum Thema Schule gemacht zu haben scheint, wollte ich trotz gewisser Ähnlichkeiten in der inneren Struktur diesen Begriff vermeiden. Das Wort „Konzentrationslager“ ist in der öffentlichen Erinnerung stark besetzt. Hört man es, denkt man an Holocaust, Massenmord, Gaskammern und die Fotos der Befreier, die die bis zum Skelett abgemagerten Insassen 1945 zeigen. Auch wenn das Lager Reichenau als Bestandteil des Systems der nationalsozialistischen Unterdrückung und besonders als Durchgangsstation für Juden und Jüdinnen auf ihrem Weg in die Gaskammern diente, so sind dies doch Assoziationen, die historisch nicht zu 100 Prozent zutreffen, wie hoffentlich auch aus diversen Kapiteln in diesem Buch hervorgehen wird.

Den größten Teil dieses Buches nimmt die Geschichte des Lagers ein. Die ersten beiden Kapitel zu den Themen „Zwangsarbeit“ und „Arbeitserziehungslager“ sollen den Kontext vermitteln, aus dem heraus die Entstehung und Errichtung des Lagers verständlich wird. Der nationalsozialistische Staat beutete die Arbeitskraft von Millionen von Menschen aus, um seinen zerstörerischen Krieg führen zu können. An die 12 Millionen Menschen verschleppte das „Dritte Reich“ in seine Gebiete und zwang sie zur Arbeit in der Rüstungs- und Landwirtschaft. Während sich dieses System im Krieg zum integralen Bestandteil der NS-Politik entwickelte, war dies nicht unbedingt von Anfang an so geplant gewesen. Das entsprechende Kapitel soll ausleuchten, wie es zum Auf- und Ausbau dieses Systems kam, welche politischen Kompromisse stattfinden mussten, wie es organisiert wurde und welche Auswirkungen es hatte.

Das Kapitel zum Thema Arbeitserziehungslager widmet sich diesem speziellen Lagertypus im System der Zwangsarbeit und generell im Zusammenhang mit der Ideologie und Politik der repressiven Arbeitspädagogik des NS-Staates. Die AEL waren ein Straf- und Disziplinierungswerkzeug, dessen Ursprün-

ge auf den Umgang des NS-Staates mit seiner eigenen Bevölkerung und seinen eigenen ideologischen Vorstellungen einer „Volksgemeinschaft“ zurückgehen. Ursprünglich errichtet, um deutsche Arbeitskräfte zu disziplinieren bzw. besser ausbeuten zu können, entwickelte sich diese Art von Lagern zu einem integralen Bestandteil des Zwangsarbeitssystems und zu einem populären Mittel der Machterweiterung bei lokalen und regionalen Gestapo-Stellen. Letzteres wird in dem entsprechenden Kapitel auch anhand von drei Beispielen dieses Lagertypus auf dem Gebiet des heutigen Österreich dargestellt.

Das Kapitel „Das Lager Reichenau“ behandelt die Entstehungsgeschichte des Lagers sowie seine unterschiedlichen Funktionen. Ursprünglich geplant als Auffanglager für italienische Arbeiter, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, nützte eine lokale Allianz aus Gestapo, Arbeitsamt und diversen Firmen diese Gelegenheit, um das Lager gleich auch zu einem Arbeitserziehungslager zu machen. Die Verwendung als solches wird auch an einem Beispiel von Zwangsarbeitern aus dem Vorarlberger Ort Silbertal dargestellt. Schließlich wird in dem Kapitel auch noch auf seine dritte Funktion als Durchgangs- und Haftlager eingegangen. Das Lager diente nämlich auch als Haftstätte für bekannte Mitglieder des Tiroler Widerstandes – z. B. Eduard Grünwald – ebenso wie für tunesische Juden und Jüdinnen.

In „Häftlinge und Lageralltag“ wird – basierend auf Interviews mit Überlebenden – das Leben der Häftlinge im Lager geschildert. Schlechtes Essen, unzureichende Bekleidung und brutales Verhalten der Wachmannschaft sowie erschöpfende Arbeit waren hier die zentralen Erfahrungen. Besonders hervorzuheben in diesem Zusammenhang ist auch, dass es eine der Arbeiten der Inhaftierten war, alliierte Blindgänger aus dem Stadtgebiet zu transportieren und zu entschärfen. Die Reichenau-Insassen verrichteten hier eine potenziell tödliche Arbeit, die den Nebeneffekt hatte, weitere Bombenopfer in der Innsbrucker Bevölkerung zu verhindern.

Die Täter und Verantwortlichen für die Gewalt und das Leid der Häftlinge werden im nächsten Kapitel „Lagerpersonal“ behandelt. Anhand von Biografien von Gestapo-Leitern, Lagerkommandanten, Personen aus der Verwaltung des Lagers und der Wachmannschaft soll hier ein Eindruck davon vermittelt werden, wer die Täter des Lagers Reichenau waren. Für eine vollständige Abhandlung zu allen Verantwortlichen oder gar eine kollektive Biografie fehlten sowohl Quellen als auch Platz. Was allerdings über diese Gruppe als Ganzes gesagt werden kann, ist, dass tatsächlich viele unter ihnen aus Tirol oder Süd-

tirol kamen, besonders auf den Ebenen unterhalb der Lagerleitung, was auch diesem Aspekt des Lagers lokale Relevanz verleiht.

Ein zweiter Aspekt ist, dass etliche Mitglieder der Lagerleitung und -verwaltung bereits Gewalterfahrung mitbrachten, und zwar nicht nur in Form einer Tätigkeit für die Gestapo. Viele waren bereits vorher Teil nationalsozialistischer Mordkommandos in der Sowjetunion, der sogenannten „Einsatzgruppen“ gewesen. Einer von ihnen gab laut Aussagen sogar damit an, bereits tausende Juden erschossen zu haben. Auch, wenn sich am Wechsel des Wachpersonals um die Jahreswende 1943/44 zeigte, dass solche Vorerfahrungen nicht notwendig waren, um den Gefangenen ihr Leben zur Hölle zu machen, liegt hier die Vermutung nahe, dass es sich um eine bewusste Personalpolitik gehandelt hat.

Im Kapitel „Befreiung und Prozesse“ findet der Übergang vom Thema „Geschichte“ zum Thema „Aufarbeitung“ statt. Bereits direkt nach der Befreiung Innsbrucks durch amerikanische Truppen 1945, die kurz aus Sicht eben jener geschildert wird, begann die juristische Aufarbeitung der Verbrechen, die im Lager geschehen waren. Neben einer Schilderung der amerikanischen Ermittlungen und ihrer Grundlagen befasst sich der Großteil des Kapitels mit dem Prozess vor dem französischen „Tribunal Supérieur“ in Innsbruck 1948. Dies hat zwei Gründe: Einerseits ist dieser Prozess sowie die für diesen Prozess geleisteten Vorarbeiten der Innsbrucker Staatsanwaltschaft unglaublich gut dokumentiert und gibt so einen sonst unmöglichen Einblick in die Geschichte des Lagers, andererseits ist dieser Prozess als einer von nur zwei alliierten Nachkriegsprozessen in Österreich ein außergewöhnliches Ereignis.

Gleichzeitig ist dieses Gerichtsverfahren bzw. die damit einhergehenden Ermittlungen auch dem Punkt Aufarbeitung zuzurechnen. Ein Prozess, der mit juristischen Standards von Schuld operiert und sich mit Fragen der ebenso juristischen Verantwortung befasst, funktioniert zwar nicht wie eine historische Arbeit, hat aber gleichzeitig Geschichte zum Gegenstand. So sind diese Verfahren Teil der Geschichte des Lagers, aber gleichzeitig auch Teil der gesellschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des Lagers.

Das letzte Kapitel schließlich befasst sich mit den Themen der Nachkriegsnutzung und des Gedenkens an das Lager und seine Häftlinge. Es ist das kürzeste Kapitel dieses Buches, dies aus zweierlei Gründen: Erstens harrt vieles in Bezug auf die Nachkriegsnutzung des Lagers als Sozialsiedlung noch einer eingehenden Recherche. Während es möglich ist, ein grobes Bild der Nach-

kriegsgeschichte des Areals zu zeichnen, fehlen z. B. noch Aussagen ehemaliger Bewohner. Aus Zeitgründen, aber auch aus Gründen des Datenschutzes war es mir nicht möglich, hier tiefer in diese Materie einzutauchen, vor allem da es notwendig gewesen wäre, auch dieses Kapitel der Geschichte des Areals historisch zu kontextualisieren, was effektiv ein zweites Buch notwendig gemacht hätte.

Der zweite Grund für die Kürze des Kapitels besteht darin, dass die Geschichte des Gedenkens an das Lager noch nicht abgeschlossen ist. Außer dem Gedenkstein und vereinzelt Aktionen existiert bisher kein institutionalisiertes Gedenken an das Gestapo-Lager Reichenau. Ich hoffe, dass dieses Buch dazu beitragen kann, zu einem breiteren Gedenken an das Lager Reichenau und seine Häftlinge beizutragen; dass mit der Information zur Geschichte dieses Lagers in der Hand, mehr Menschen als bisher Interesse haben werden, an dieses Lager, seine Geschichte und seine Opfer in einem breiteren Rahmen zu erinnern.

In Bezug auf Inhalt als auch Sprache möchte ich anmerken, dass sich die kontextualisierenden Kapitel fast ausschließlich mit der Situation in Deutschland auch schon vor 1933 beschäftigen und dass auch im weiteren Verlauf des Buches öfter von Deutschen die Rede ist. Dies resultiert daraus, dass Österreich 1938 Teil des Deutschen Reiches wurde und in vielerlei Hinsicht es die deutschen historischen Entwicklungsstränge waren, die für das weitere Geschehen ausschlaggebend waren.

An dieser Stelle möchte ich auch meinen Dank an die Menschen aussprechen, ohne die dieses Buch nicht zustande gekommen wäre.

An erster Stelle stehen hier natürlich meine Interviewpartner, ohne deren Geduld in der Beantwortung meiner Fragen und ohne das Material, das sie mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben, dieses Buch in dieser Form nicht möglich gewesen wäre. Viele von ihnen sind inzwischen leider verstorben und daher ist das Buch auch ihnen gewidmet, ebenso wie meinem Großvater Bert Breit.

Mein Dank geht darüber hinaus an den Tyrolia-Verlag und Christian Wurzer dafür, mir die Möglichkeit gegeben zu haben, dieses Buch zu schreiben, und für die Betreuung und redaktionelle Arbeit, die sie mir zuteilwerden ließen.

Des Weiteren bedanke ich mich bei allen, die mir den Zugang zu Material ermöglicht haben oder es mir zur Verfügung gestellt haben: Lukas Meissel, die

Mitarbeiter des Tiroler Landesarchivs, des Innsbrucker Stadtarchivs, der National Archives in Washington, des Bundesarchivs in Berlin, Erich Schreder und Klaus Eisterer.

Ebenso gibt es eine Reihe von Menschen, denen ich zu ganz persönlichem Dank verpflichtet bin und ohne die dieses Buch nicht möglich gewesen wäre: Peter Black, Michael Wildt, Hannes Grandits und Susanne Heim, dafür, dass sie mich zu einem besseren Historiker gemacht haben; Elisabeth, I. und M. für ihre niemals endende Unterstützung, Ermutigung, Förderung, Einsatz und Hilfe; sowie Felicia für alles.



Karte von Innsbruck und Umgebung im Jahr 1944. Erstellt nach einer Karte für amerikanische Piloten aus dem



Gasthaus Sandwirt

Lager Reichenau

Archiv W. Kreutz und einem Stadtplan von Innsbruck aus dem Jahr 1944.

ZWANGSARBEIT

Das Gestapo-Lager Reichenau in Innsbruck existierte aufgrund des NS-Zwangsarbeitssystems. Während des Krieges verschleppte der nationalsozialistische Staat mehrere Millionen Menschen aus ihrer Heimat und zwang sie, in Deutschland zu arbeiten.

Der Historiker Ulrich Herbert beschreibt dieses System als „den größten Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung ausländischer Arbeitskräfte in der Geschichte seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert“¹. Zum Höhepunkt des sogenannten „Ausländer-Einsatzes“ im August 1944 befanden sich über sieben Millionen ausländische Arbeitskräfte auf dem Gebiet des damaligen Deutschen Reiches.² Diese Gruppe, die ein Viertel aller damals Beschäftigten in Deutschland darstellt, bestand aus Kriegsgefangenen, zivilen Arbeitskräften und Konzentrationslagerhäftlingen. Während alleine 1944 5,7 Millionen sogenannter Zivilarbeiter in Deutschland waren, schätzen Historiker, dass in den Jahren 1939 bis 1945 insgesamt mehr als zwölf Millionen Menschen Zwangsarbeit verrichten mussten.³

Zwangsarbeit war ein alltägliches Phänomen im Dritten Reich. In jeder größeren Stadt gab es mehrere Lager für ausländische Zwangsarbeiter. Doch nicht nur dort: Lager für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen existierten in Orten wie Kematen⁴, Vals und sogar in Wenss im Pitztal. Gerade dort war es z. T. auch besonders einfach, an die Arbeitskraft der Ausländer und Ausländerinnen zu kommen. Alois Mathoi und Gottfried Reinstadler, zwei Einwohner von Wenss, die während des Krieges Kinder waren, erinnern sich z. B., dass ein Bauer nur zum Lagerleiter des 300 Arbeiter fassenden Zwangsarbeiter-

lagers gehen musste, für einen Tag bezahlte und sich dann schon einen Zwangsarbeiter aussuchen konnte, den er für den ganzen Tag auf seinem Hof einsetzen konnte.⁵

Warum ließ die Gestapo in Innsbruck ein Lager dieser Art errichten, in dem Zwangsarbeiter eingesperrt und diszipliniert wurden? Diese Frage ist nur zu beantworten, indem man auf das System der Zwangsarbeit im Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs eingeht.

Es ist wichtig, hier vorausszuschicken, dass nicht alle der 12 Millionen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen unter vorgehaltener Waffe nach Deutschland deportiert worden waren. Einige meldeten sich, um Arbeitslosigkeit und Hunger zu entgehen, andere, weil sie sich in einem von Deutschland besetzten Europa eine bessere Zukunft versprachen. Hintergründe und Motive variieren von Ort zu Ort, von Zeitpunkt zu Zeitpunkt. Nichtsdestotrotz waren auch diese Personen Zwangsarbeiter, denn spätestens bei ihrer Ankunft in Deutschland waren sie dem NS-Regime und seinem System der Unterdrückung und Entrechtung ausgeliefert.

Während die Gestaltung und individuelle Erfahrung des Systems also von verschiedenen Faktoren abhing, ist der Ursprung desselben klar zuordenbar: Die deutsche Kriegswirtschaft und die Militarisierung der deutschen Arbeitsbeziehungen.

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER 1930ER-JAHRE UND DER ARBEITSKRÄFTEMANGEL

Die Regierung unter Hitler hatte bereits nach ihrer Machtübernahme begonnen, die Arbeitsbeziehungen zu militarisieren, also diese nach einer strikten Hierarchie aufzubauen, die – wenn notwendig – mit disziplinierenden Maßnahmen durchgesetzt wurde. Der von den Nationalsozialisten selbst erfundene Mythos von Arbeit und Brot sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Bau von Autobahnen wurde zwar schon oft widerlegt, trotzdem wird nicht selten vergessen, dass es eine der ersten Maßnahmen der NS-Führung war, die Gewerkschaften im Mai 1933 zu zerschlagen und den verpfichtenden Arbeitsdienst durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ auszubauen.⁶

Neben den Personen, die in diesen Arbeitsdienst eingezogen wurden, war die Arbeitsverwaltung als zentrales Instrument der staatlichen Lenkung von Arbeitskräften stark von den Veränderungen durch die Nationalsozialisten betroffen. Das NS-Regime war sich der Bedeutung von Arbeit stark bewusst und war sehr schnell darin, das deutsche Arbeitsamt – die Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung (RfAA) – zu einer zentralen Institution ihrer Herrschaft umzubauen. Ursprünglich gehörten die Vermittlung von Arbeit, die Arbeitslosenversicherung und die Berufsberatung zu den Aufgaben der RfAA.

Die Behörde bestand vor 1933 aus den vormals selbstständigen lokalen Arbeitsämtern und regionalen Landesarbeitsämtern.⁷ Jede Ebene der internen Verwaltung der Reichsanstalt wurde von Selbstverwaltungsorganen geleitet: auf lokaler und regionaler Ebene von Verwaltungsausschüssen und reichsweit von einem Verwaltungsrat und einem Vorstand. Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber bildeten diese Selbstverwaltungsorgane. Ihr Leiter Friedrich Syrup hatte eher die Funktion eines Koordinators als die eines Entscheidungsträgers.⁸

Dies änderte sich mit der Machtübernahme der NSDAP 1933. Ähnlich wie in vielen anderen Institutionen veränderten die Nationalsozialisten den internen Aufbau der Reichsanstalt von Grund auf: Anstatt Selbstverwaltung galt ab März 1933 das „Führerprinzip“. Am 18. März 1933 ermächtigte Reichspräsident Paul von Hindenburg Reichsarbeitsminister Franz Seldte, die Selbstverwaltungsorgane auszuschalten und ihre Macht auf Syrup zu übertragen.⁹ Auf personeller Ebene ergaben sich durch diesen Schritt weitreichende Konsequenzen. Im Zuge der nationalsozialistischen „Gleichschaltung“ entließ Syrup bis zum Frühjahr 1934 ca. 3455 Mitarbeiter (rund 13 Prozent), die entweder als Juden eingestuft wurden oder als politisch unzuverlässig galten. Die auf diese Weise frei gewordenen Stellen besetzten die neuen Machthaber mit sogenannten „alten Kämpfern“, Mitgliedern der NSDAP, die vor 1933 eingetreten waren.¹⁰

Mit Programmen, die von der RfAA mitgetragen und finanziert wurden, wie etwa den Notstands-Arbeitsprogrammen, der „Landhilfe“ und dem „Arbeitsdienst“, gelang es der NS-Regierung zwar, die Zahl der Arbeitslosen um zwei Millionen zu senken¹¹, der Preis dafür war aber die Einschränkung der Freizügigkeit von Arbeitssuchenden, die Zerschlagung der Gewerkschaften und die komplette Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland.

Der nächste bedeutende Einschnitt kam 1936. Schon damals bestimmten zwei bedeutende Mängel die deutsche Wirtschaft: Es fehlte sowohl an Rohstoffen als auch an Devisen, also Fremdwährung zum Kauf von Gütern im Ausland. Gleichzeitig begann sich der zukünftige Mangel an Arbeitskräften auch schon damals bemerkbar zu machen. In Bezug auf die Frage, wie es wirtschaftlich mit dem Dritten Reich weitergehen sollte, mussten die Planer der NS-Ökonomie, wie z. B. der damalige Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, die grundlegende Frage stellen: Frieden oder Krieg? Die beschränkten Mengen an Rohstoffen und Devisen konnten entweder in die Konsumgüterindustrie oder in die Rüstungswirtschaft fließen, reichten aber auf keinen Fall für beides.¹² Besonders für Hitler, aber auch für den Rest der Führungsrunde des NS-Staates, war die Antwort auf diese Frage klar: Die Nationalsozialisten betrachteten die Welt als einen Konflikt zwischen „Rassen“, der unausweichlich auf eine gewalttätige Konfrontation hinauslief. Ihre Antwort auf die Frage, ob es Frieden oder Krieg geben sollte, konnte also nur Krieg lauten.

So begann die komplette Ausrichtung der Ökonomie Deutschlands auf den zukünftigen Konflikt. 47 Prozent des gesamten volkswirtschaftlichen Wachstums der nächsten Jahre waren direkt auf die Anhebung der Militärausgaben zurückzuführen. Wenn Investitionen auch dazugezählt werden, dann steigt dieser Anteil gar auf 67 Prozent, so direkt beeinflusste die Politik der Rüstungsmaßnahmen die deutsche Wirtschaft. Bereits 1935 entfielen 70 Prozent der Waren und Dienstleistungen, die der deutsche Staat eingekauft hatte, auf die Wehrmacht. 1938 erhöhte sich dieser Anteil auf 80 Prozent.¹³ Quasi alle Budgetrestriktionen der Wehrmacht wurden aufgehoben. 1936 erforderte die permanente Aufrüstung eine Verdoppelung des Importvolumens von Metall, Eisenerzen, Kautschuk und Rohöl, 36 neue Infanterie-Divisionen und 48 Panzerbataillone wurden gebildet.¹⁴

Mit dem Ziel, in vier Jahren Krieg führen zu können, gründete das Regime auch die Vier-Jahres-Plan-Behörde unter Leitung von Hermann Göring. Die Pläne für die Zukunft waren klar: Spätestens 1940 sollte Krieg in Europa herrschen.

Diese massive Mobilisierung der deutschen Wirtschaft führte zu einem substantiellen Arbeitskräftemangel, den die Staatsführung im späteren Verlauf des Krieges durch den massiven Einsatz von Zwangsarbeitern zu beheben versuchte. Unmittelbar war die Konsequenz der Rüstungspolitik der vollständige

Wechsel des Arbeitsmarktes von Arbeitslosigkeit hin zu -mangel. Besonders in der Landwirtschaft und in der Rüstungsindustrie machte sich dies schnell bemerkbar. Durch höhere Löhne und das händerringende Suchen der deutschen Industrie nach Arbeitskräften sank die Zahl der lohnabhängigen Landarbeiter zwischen 1933 und 1938 um 16 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt, gab es fast eine halbe Million weniger Landarbeiter.¹⁵

Für die nationalsozialistische Staatsführung war diese Entwicklung ein Problem. Weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft bedeuteten weniger produzierte Nahrungsmittel. Da der Bedarf der deutschen Bevölkerung aber natürlich nicht sank, mussten die fehlenden Nahrungsmittel importiert werden, wodurch sich wiederum der Devisenmangel verschärfte. Ebenso war diese Entwicklung ein großer Rückschlag für die deutschen Bemühungen, im Bereich der Lebensmittelproduktion autark, also vom Ausland unabhängig zu werden. Dieses Ziel war beeinflusst von der Erfahrung des Ersten Weltkrieges, als der Hunger 1917/18 zum Ende des Krieges beigetragen hatte. Im November 1938 zog Göring in der ersten Sitzung des Reichsverteidigungsrates Bilanz über die Kriegsvorbereitungen und machte die Dramatik des Arbeitskräftemangels in Bezug auf die Landwirtschaft klar: „Der Mangel an Landarbeitern stellt die deutsche Ernährung in Gefahr.“¹⁶

In der deutschen Industrie führten die Rüstungsvorbereitungen zu einer massiven Zunahme der Beschäftigten. In manchen Großbetrieben der Metall- und Bauindustrie hatte sich die Belegstärke seit 1932 verdreifacht. Aber auch hier machte sich der Arbeitskräftemangel nach 1936 bemerkbar, besonders, was Facharbeiter betraf. Eine reine Erhöhung der Belegstärke konnte nicht ausgleichen, dass manche Betriebe mit 60 Prozent Facharbeitermangel zu kämpfen hatten.¹⁷

Das NS-Regime entwickelte eine Reihe von Strategien, mit diesem Problem umzugehen. Dazu gehörten u. a. die massiven Verhaftungswellen von sogenannten „Asozialen“ 1937/38 durch die Polizei und ihre Einlieferung in Konzentrationslager, die die SS zu ökonomisieren trachtete.¹⁸ Aber auch das war nur eine temporäre Lösung, die das Problem nicht beheben konnte. Erst der Krieg schien die Antwort auf die Frage des Arbeitskräftemangels zu liefern.

DER KRIEG: ARBEITSKRAFT ALS KRIEGSBEUTE UND TERROR ALS HERRSCHAFTSKOMPROMISS

Am 1. September 1939 marschierten deutsche Truppen in Polen ein und begannen so den Zweiten Weltkrieg. Vorerst verschärfte sich dadurch der Arbeitskräftemangel, da hunderttausende Männer zur Wehrmacht eingezogen wurden, die so im wirtschaftlichen Produktionsprozess fehlten. Gleichzeitig bot die Okkupation Polens den NS-Planern aber auch eine Lösung für dieses Problem: Die Arbeitskraft von wiederum hunderttausenden von Polen und Polinnen war in ihren Augen Kriegsbeute. Die besetzten Gebiete sollten wirtschaftlich also nicht nur im Hinblick auf ihre Ressourcen, sondern auch auf die dort vorhandenen Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Als deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten, marschierten Beamte der Arbeitsämter bereits im Tross der Soldaten mit. Bereits am 3. September 1939 eröffnete das erste deutsche Arbeitsamt in der polnischen Stadt Rybnik. Diese Arbeitsämter waren oft die ersten zivilen Behörden NS-Deutschlands, die in Polen operierten. Bis zum 19. September existierten in Polen bereits 30 deutsche Arbeitsämter, die in größeren Städten oft bis zu 100 Mitarbeiter hatten. Anfang Oktober 1939 waren es bereits 115 deutsche Dienststellen dieser Art.¹⁹

Die ursprüngliche Aufgabe dieser Arbeitsämter war eigentlich die Erfassung der polnischen Arbeitskräfte und ihr Einsatz bei der Beseitigung von Kriegsschäden, dies änderte sich jedoch sehr schnell. In Deutschland musste die Ernte eingebracht werden und es fehlten immer noch tausende Arbeitskräfte in der Wirtschaft. Der Druck dieser Situation überzeugte die NS-Führung sehr schnell, dass sie Polen als Arbeitskräftereservoir nutzen musste. Am 16. November 1939 fällten Göring als Vertreter des Vierjahresplans und das Reichsarbeitsministerium eine erste Grundsatzentscheidung darüber, in Zukunft polnische Arbeiter und Arbeiterinnen primär in der deutschen Landwirtschaft einzusetzen. Göring wies die Arbeitsverwaltung an, „die Hereinnahme polnischer Arbeitskräfte, insbesondere polnischer Mädchen in größtem Ausmaß zu betreiben. Ihr Einsatz und insbesondere ihre Entlohnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Arbeitskräfte billigst zur Verfügung stellen.“²⁰ Präzisiert wurde dies durch das Reichslandwirtschafts- und das Reichsarbeitsministerium, die festlegten, dass im Jahr 1940 zwei Millionen polnische Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft

eingesetzt werden sollten.²¹ Diese Entscheidungen waren motiviert von der Erkenntnis, dass die deutsche Kriegsführung ohne den Einsatz der sogenannten „Fremdarbeiter“ zusammenbrechen würde. Wie der Historiker Tim Mason darlegt, hätte es ohne den massiven Einsatz von Ausländern und Ausländerinnen in der deutschen Kriegswirtschaft „entweder zum Niedergang der deutschen Militärmacht oder aber zu drakonischen Zwangsmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung kommen müssen“.²²

Nicht alle Teile des NS-Herrschaftsapparates waren glücklich über diese Lösung. Besonders die Gestapo und die SS hegten größte Bedenken gegen den Einsatz von Ausländern und Ausländerinnen in der Kriegswirtschaft. Für sie waren Millionen Ausländer in Deutschland ein Sicherheitsrisiko und eine moralisch-ideologische Gefahr. Neben der Angst, dass die eingesetzten Polen und Polinnen die deutsche Kriegswirtschaft durch Sabotage oder gar Aufstände gefährden könnten, hegte Himmlers Gestapo- und SD-Apparat auch starke Bedenken in Bezug auf den engen Kontakt zwischen den polnischen Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen und der deutschen Bevölkerung. Wie die SD-Stimmungsberichte in den Monaten nach November 1939 belegen, beklagte der Sicherheitsapparat das gute Verhältnis von Deutschen und Polen, dass deutsche Frauen mit polnischen Arbeitern Beziehungen begannen, dass Polen Tanzabende besuchten, dass die Präsenz von Polen in einem Gebiet die katholische Frömmigkeit dort befeuerte und dass von ihnen ganz generell Gefahr ausginge.²³

Die NS-Behörden und insbesondere die Gestapo sahen hier Handlungsbedarf. Sie vertraten die Position, dass – wenn es denn schon notwendig war, Millionen von Polen und Polinnen nach Deutschland zu holen – diese dort wenigstens unter schärfster Überwachung, Einschränkungen und Repression zu leben hatten. Massiver Terror gegen die Zwangsarbeiter war der Kompromiss verschiedener Behörden unter Führung des Sicherheitsapparates mit den Technokraten des Regimes, die die wirtschaftspolitischen Sachzwänge betonten.

Während die Maßnahmen in den ersten Monaten noch uneinheitlich waren, legte Himmler im Februar 1940 die zukünftige Linie des Regimes dar. In einer Rede legte er die grundsätzliche Linie des Regimes gegenüber ausländischen Arbeitern fest: Sie sollten gekennzeichnet werden, ihnen sollte der Geschlechtsverkehr mit Deutschen unter Androhung der Todesstrafe verboten werden und sie sollten, was z. B. den Besuch von Gasthäusern oder Ähnlichem betraf, massiv eingeschränkt werden.²⁴

Empfangsbescheinigung

Für eine Ostarbeiterin
(Stunde bei Eingahlung)
sind vom Herrn Manuel Wala Obsteier
Frau (Name und Vorname) beauftragt
12 RM Rpfr
in Worten: zwölf RM Rpfr
für Rechnung des Arbeitsamtes zu Geschäftszeichen in bar an mich
gezahlt worden. Imst 1943
(Ort) (Datum)
als Einzahler Manuel Wala
(Name und Vorname)
als Empfänger Imst
(Name und Vorname)
(Stempel und Unterschrift)
Regierungseingetragter

Empfangsbescheinigung des Arbeitsamtes Landeck, Nebenstelle Imst, über 12 Reichsmark für „eine Ostarbeiterin“.

(Quelle: Archiv J. Breit)

Im März 1940 setzte er dies in Form der Polenerlässe in die Tat um. Ulrich Herbert beschreibt dieses Maßnahmenpaket als „Umsetzung der Herrenmenschentheorie in rechtsförmiger Gestalt“. ²⁵ Die Polenerlässe bestanden aus zehn Dokumenten, die u. a. ein nächtliches Ausgehverbot für Polen, ein Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, das Tragen des sogenannten Polenabzeichens und das Verbot von Geschlechtsverkehr mit Deutschen vorsah. Einer der wichtigsten Punkte war allerdings die Regelung, wer diese Verbote und Einschränkungen durchsetzen konnte. Heinrich Himmler übertrug in einem dieser Erlasse nämlich den Gestapo-Stellen die Kompetenz, polnische Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland bei diversen Verstößen direkt zu bestrafen. Fortan waren es nicht deutsche Gerichte, die über polnische Arbeitskräfte urteilten, sondern nur mehr die Gestapo. Sie war nun Kläger, Richter und